



# Egerer Zeitung

Seit 1846  
das  
Heimatblatt  
des  
Egerlandes

Für die Heimatvertriebenen aus dem Stadt- und Landkreis Eger  
Mitteilungsblatt des Egerer Landtags e. V.

JAHRGANG 58

DRUCKHAUS OBERPFALZ • EGERER ZEITUNG • PARADEPLATZ 11 • 92224 AMBERG  
TELEFON (09621) 12876 • FAX (09621) 33632 • MAIL: egerer.landtag@t-online.de

Nr. 2 FEBER 2007



*Walther Klemm*  
*Schlösschen Watzkenreuth bei Eger*  
*Farbholzschnitt von 1908*

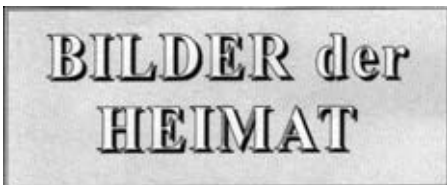
## Zum Titelbild:

Walter Klemm war ein bedeutender Maler und Grafiker aus dem Egerland. Er wurde 1883 in Karlsbad geboren. Nach dem Abitur studierte er Kunstgeschichte an der Universität Wien und besuchte Kurse für Zeichenlehrer an der dortigen Kunstgewerbeschule. 1905 ging er nach Prag und arbeitete dort mit dem ebenfalls aus Karlsbad stammenden Carl Thiemann. 1907 übersiedelten beide in die Künstlerkolonie Dachau bei München. Dort betrieb Klemm intensive Tier- und Landschaftsstudien. Außer mit der Malerei beschäftigte er sich mit graphischen Techniken, Holzschnitt, Radierung und Lithographie.

1913 wurde er als Lehrer an die Großherzogliche Kunstschule in Weimar berufen, schließlich Professor und Leiter der Graphischen Abteilung an der späteren Hochschule für Bildende Kunst. Die Tierdarstellung nimmt in seinem Schaffen einen breiten Raum ein. 1953 wurde er Ehrensenator der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar. 1957 ist er dort gestorben.

Walter Klemm ist unter den Künstlern, die aus dem Egerland kamen, einer der Meister. Beachtung verdienen schon seine vom Jugendstil bestimmten Farbhölzschnitte aus seiner Frühzeit. Zu diesen zählt auch das Blatt „Schlösschen Watzkenreuth bei Eger“ aus dem Jahre 1908.

(EH/Egerl Biogr. Lex.)



## Der Bismarckturm

Wer den Grünberg bei Eger erwandert hat, wird feststellen müssen, dass der Bismarckturm zu Unrecht im Schatten des höheren Fernmeldeturmes steht. Da der Gipfel inzwischen bis oben hin bewaldet ist, stellt der Bismarckturm auch keinen Blickfang dar. Es weisen auch keine Schilder auf seine Existenz hin.

Will man auf den Grünberg, dann empfiehlt es sich, der Eger aufwärts beim ehemaligen Siechenhaus nach dem Weg zum „Bismarckova rozhledna“ am „Zelena“ zu fragen. Ab hier führt ein Weg zur verwüsteten Wallfahrtsstätte St. Anna, der am Aussichtsturm auf dem Grünberg endet.

Heute stellt sich die Frage, was der Grund und die Ursache zum Bau des Bismarckturmes war. Eger war im 19. Jahrhundert wiederholt die Stätte nationaler Kundgebungen. In dieser Zeit



*Bismarckturm auf dem Grünberg, 638 Meter, Gemeinde Oberpölmersreuth, von dem man einen weiten Überblick ins historische Egerland hat.*

bauten auch Turner, Studenten und Sängere Denkmäler. Dagegen wurde am Wiener Hof mancher volksgetreue Egerländer als „Irredentist“ bezeichnet. 1897 protestierte man in Eger gegen die deutschfeindliche Sprachenverordnung. Als in den „Badeni-Tagen“ tschechische Polizeireiter aus Prag nach Eger kamen, haben die Egerländer ruhig, aber bestimmt gegen solche Anmaßungen Stellung genommen und sich den Spruch von Felix Dahn ins Herz geschrieben: „Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk ...“ Seit diesen Tagen sahen viele Deutsch-Böhmen in Bismarck ihr Idol. Daher verschloß sich der Stadtrat auch nicht dem Ansinnen der Egerer Bürger, einen Bismarckturm zu bauen.

1909 war es schließlich so weit und an Stelle des hölzernen Aussichtsturmes wurde dem Gründer des Deutschen Reiches ein 18 Meter hoher Turm aus Granit errichtet. Über dem Eingang prangt ein in Erz getriebenes Bildnis des deutschen Reichskanzlers und im Inneren führen 70 Stufen zu den Aussichtszinnen empor.

Die österreichischen Behörden sahen den Bau der nach Fürst Bismarck benannten Türme nicht gerne, da sie diese als antihabsburgische Provokation betrachteten. Trotzdem entstanden weitere Baudominanten in der Gegend um Asch und bei Nixdorf.

Seit einem Jahr ist der Grünberg für Wanderer wieder neues Ausflugsziel, nachdem das Denkmal von der Stadt Cheb (Eger) im Sommer 2005 restau-

riert wurde. Bei der Wiedereröffnungsfeier waren sogar der Oberbürgermeister Dr. Jan Svoboda sowie sein Waldsassener Amtskollege Herbert Hahn anwesend.

Gewiss wird man heute mit Schmunzeln die einstige Bismarckverehrung betrachten. Vor allem, wenn man die überschwängliche Inschrift der Bismarckbank, die im Jahre 1910 im Bismarckpark errichtet wurde, liest: „Nach Canna gehen wir nicht!“ Und: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt.“  
*Hermann Sehr*

## Aus der Politik

## Zehn Jahre Deutsch-Tschechische Erklärung

Vor zehn Jahren, am 21. Januar 1997, wurde in Prag die Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren zukünftige Entwicklung unterzeichnet. Sie erfolgte im Anschluß an den Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik und der damals noch „Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik“ über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Es handelt sich um ein grundlegendes Dokument, das die Absicht der beiden Regierungen zum Ausdruck bringt, die beiderseitigen Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Partnerschaft weiter zu entwickeln und damit zur Gestaltung des zusammenwachsenden Europas beizutragen. Mit der Erklärung sollte auch klargestellt werden, dass die Bundesrepublik einen Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union trotz bestehender Bedenken vor allem im Hinblick auf vermögensrechtliche und Menschenrechtsfragen keine Steine in den Weg legen würde.

Die Erklärung besteht aus einer Präambel und acht Punkten. In Punkt eins erklären beide Seiten ihre Verpflichtung zu guter Nachbarschaft und Partnerschaft und ihre Verantwortung für die Gestaltung eines zusammenwachsenden Europas. Man erkennt gemeinsame Werte an und bringt die Entschlossenheit zur freundschaftlichen und engen Zusammenarbeit auf allen Gebieten zum Ausdruck, die für die beiderseitigen Beziehungen wichtig sind. Ein klares Wort zur Vergangenheit soll den gemeinsamen Weg in die Zukunft nicht stören, aber: Ursache und Wirkung in der Abfolge der Geschehnisse dürfen nicht verkannt werden!

Die Punkte zwei und drei enthalten ein „Sündenbekenntnis“ jeder Seite mit Spuren von Reue, die immerhin bis zur Erklärung des Bedauerns reichen. Die deutsche Seite bekennt sich in Punkt 2 zur Verantwortung in einer historischen Entwicklung, die zum Münchner Ab-

kommen von 1938, zur Flucht und Vertreibung von Menschen aus den tschechoslowakischen Grenzgebieten sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei geführt hat.

Beide Seiten bedauern, dass „dem tschechischen Volk“ bzw. „unschuldigen Menschen“ Leid und Unrecht zugefügt wurden.

Das Unrecht, das den Sudetendeutschen zugefügt wurde, ist durch Aufzählung bestimmter Merkmale beschrieben und dadurch wirksam eingegrenzt. Besonders bedauert werden die Nachkriegsexzesse und der Umstand, dass diese aufgrund eines tschechoslowakischen Gesetzes nicht bestraft werden konnten. Das Bedauern würde glaubwürdiger und nicht irgendwie unbeteiligt wirken, wenn man sich zu einem Bedauern darüber hätte entschließen können, dass jemand diese Exzesse zugelassen, in manchen Fällen vielleicht dazu aufgerufen hat.

Von zentraler praktischer Bedeutung ist Punkt vier. Dort wird festgestellt, dass „jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, dass die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Beide Seiten erklären deshalb, dass sie ihre Beziehungen nicht mit politischen und rechtlichen Fragen belasten werden, die aus der Vergangenheit herrühren“. Man kann dem auch eine positive Seite abgewinnen: die tschechische Regierung hat sich hier auch verpflichtet, eine in Deutschland bestehende deutsche Rechtsauffassung zu respektieren, wonach durch die Vertreibung ein Unrecht begangen wurde.

Punkt fünf bekräftigt die Verpflichtungen gegenüber der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik und gegenüber Personen tschechischer Abstammung in der Bundesrepublik, Punkt sechs die wohlwollende Behandlung des tschechischen Beitrittswunsches zur Europäischen Union und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. In Punkt sieben wird die Einrichtung eines deutsch-tschechischen Zukunftsfonds vereinbart, in Punkt acht die Fortführung der deutsch-tschechischen Historikerkommission und die Einrichtung eines deutsch-tschechischen Diskussionsforums. Der deutsch-tschechische Zukunftsfonds wurde am 29. Dezember 1997 als Stiftungsfonds nach tschechischem Recht mit Sitz in Prag gegründet.

Die Europäische Union und der Europarat haben die Erklärung begrüßt. Der tschechische Präsident Václav Klaus hat sie als das „Maximum“ bezeichnet, das die Tschechische Republik von Deutschland erreichen konnte. Die XL Sudetendeutsche Bundesversammlung beschloß am 8./9. Februar 1997 in München eine „Manifestation“ und stellte fest, dass die Sudetendeutschen dieser Regierungserklärung nicht zustimmen könnten.

*EH*

(Weitere Beiträge zur deutsch-tschechischen Erklärung sind beabsichtigt)

## Bundeskanzlerin Angela Merkel in Prag

Bundeskanzlerin Angela Merkel besuchte am Freitag, den 26. Januar 2007, zum ersten Mal als deutsche Bundeskanzlerin die Tschechische Republik. Am frühen Abend kam sie zu einem kurzen Gespräch mit Premierminister Mirek Topolánek zusammen, bevor sie sich mit Staatspräsident Václav Klaus zum Abendessen auf der Prager Burg traf. Der Besuch dauerte insgesamt nur wenige Stunden.

Bei den Gesprächen ging es vor allem um den EU-Verfassungsvertrag. Frau Merkel war vor allem als derzeitige Präsidentin des EU-Ministerrats an die Moldau gekommen. Sie will die Diskussion um die europäische Verfassung wieder in Gang bringen. Sie wusste bereits vor ihrer Reise nach Prag, dass sich die Vorbehalte, die in der Tschechischen Republik gegen den EU-Verfassungsvertrag bestehen, nicht bei einem kurzen Besuch ausräumen lassen würden. Mirek Topolánek brachte seine derzeitige Skepsis 'und wohl auch Ablehnung mit den Worten zum Ausdruck, er bewundere den Mut der deutschen Ratspräsidentschaft, zwei Jahre nach dem ins Stocken geratenen europäischen Verfassungsprozess die Diskussion zu erneuern. Dies sei notwendig, fügte er hinzu.

Zum Inhalt des bisherigen Verfassungsentwurfs sagte er: „Wir meinen, dass das Dokument lesbarer, besser nachvollziehbar und transparenter für alle Bürger in Europa werden sollte. Außerdem sollte es die Kompetenzen der Europäischen Union und der Nationalstaaten genau voneinander abgrenzen.“

Merkel und Topolánek waren sich aber darüber einig, dass die Diskussion über die künftige Verfassung der EU andere wichtige Themen, wie etwa die Energieversorgung oder die soziale Sicherheit, nicht verdrängen dürfe. Beim



EU-Gipfel im März will die Europäische Union und die deutsche Ratspräsidentschaft für die Ratssitzung am achten und neunten März Themen wie Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit, Entbürokratisierung und Sicherheit der Energieversorgung auf die Tagesordnung setzen.

Da Frau Merkels Besuch in Prag mit dem zehnjährigen Jubiläum der Unterzeichnung der Deutsch-Tschechischen Erklärung zusammenfiel, durfte auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Topolánek eine kurze Bestandsaufnahme der deutsch-tschechischen Beziehungen nicht fehlen: „Wir haben darüber gesprochen, dass die bilateralen Beziehungen zwischen unseren Ländern gut sind. Das zeigt gerade auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit, und ich glaube, der zehnte Jahrestag hat deutlich gemacht, dass wir zum Beispiel mit der Arbeit des Zukunftsfonds sehr gut vorangekommen sind.“

Merkel bezeichnete die Gespräche mit Topolánek als konstruktiv und zeigte sich zuversichtlich, einen gemeinsamen Weg auch in der Frage der EU-Verfassung zu finden. Das wichtigste in der EU sei ein gemeinsames Vorgehen. „Erfolg können wir in der EU nur haben, wenn wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, und möglichst in die gleiche Richtung. Dafür werde ich werben.“

Beim Abendessen mit Präsident Václav Klaus dürfte ihr allerdings deutlich geworden sein, dass ihre Positionen zur EU-Verfassung noch weit auseinander liegen. Merkel sagte, Klaus kämpfe „wie die böhmischen Hussiten“ um jeden Millimeter. Dieser entgegnete, beim EU-Verfassungsvertrag gehe es allerdings noch um Kilometer.

*(Radio Prag)*



*Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Vaclav Klaus bei ihrem Besuch in der*

## Deutsch-Tschechische Erklärung

Am 20. Januar schrieb Lubos Palata in der tschechischen Tageszeitung „Lidove noviny“ über die vor zehn Jahren unterzeichnete Deutsch-Tschechische Erklärung:

Tschechien bereut die Vertreibung der Sudetendeutschen als solche nicht, wohl jene Ereignisse, die unschuldige Menschen betreffen, also auch Sudetendeutsche. Um welche Ereignisse es sich handelt, lässt man offen ...

Der größte Gewinn der Erklärung war aber, dass die Tschechen aufgehört haben, sich vor den Deutschen wegen der Vertreibung der Sudetendeutschen zu fürchten. Die Erklärung ist eigentlich ein Vertrag der Tschechen und Deutschen auf Kosten der sudetendeutschen Vertriebenen ... eine Vereinbarung zwischen Prag und Berlin, wie man das sudetendeutschen Problem umgehen kann, damit es nichts kostet ...

(Fundort Sudetendeutsche Zeitung)

## CDU/CSU gegen Historikerkonferenz zum „Zentrum gegen Vertreibungen“

Eine Historikerkonferenz zum geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“, wie dies Fritz Rudolf Körper, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, vorgeschlagen hat, lehnt die Union ab. „Die Gestaltungshoheit und damit auch die Verantwortung für dieses Projekt liegt in Deutschland, und diese Verantwortung kann auch nicht delegiert werden“, sagte der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme.

Mit der Konzeption des Zentrums ist das Amt des Kulturbeauftragten im Kanzleramt beauftragt. Dieser habe bereits ein Beratergremium berufen, dem auch internationale Wissenschaftler angehören. Eine Historikerkonferenz scheint laut Fromme eher ein Versuch zu sein, das Projekt zu verhindern oder durch eine jahrelange Debatte zu verschleppen, kritisierte Fromme. Er erinnerte die SPD an den Koalitionsvertrag, in dem die Schaffung eines „sichtbaren Zeichens“ für die Opfer der Vertreibung in Berlin vereinbart worden sei.

Auch gegen die Vorstellung Körpers, den Vertriebenenverbänden keine Mitbestimmung an dem Konzept des Zentrums einzuräumen, wandte sich Fromme mit Entschiedenheit. „Man stelle sich vor, der Zentralrat der Juden in Deutschland wäre bei der Gestaltung und Errichtung des Holocaust-Mahnmals in Berlin nicht gefragt und maßgeblich einbezogen worden.“

Über das „Zentrum gegen Vertreibungen“, das vom Bund der Vertriebenen (BdV) und dessen Präsidentin Erika Steinbach angestrebt wird und für das sich bis zu seinem Tod auch der in Eger geborene frühere Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, eingesetzt hat, wird seit Jahren heftig gestritten. Massive Kritik hört man vor allem von polnischen Politikern, die dem Bund der Vertriebenen vorwerfen, „die Geschichte umschreiben“ zu wollen.

(dpa)

### Aus dem Zeitgeschehen



Der neue Bundesvüastäiha Dr. Ralf Heimrath

## Dr. Heimrath ist neuer Bundesvüastäiha

MARKTREDWITZ. - Der Bund der Egerländer Gmoin hat einen neuen Bundesvüastäiha. Nach dem Tod des bisherigen Bundesvüastäihes Günther Müller und des Bundesschreiwes Toni Graf waren beide Positionen neu zu besetzen. In einer außerordentlichen Bundeshauptversammlung mit einer insgesamt sehr umfangreichen Tagesordnung wurden mit einer großen Mehrheit Dr. Ralf Heimrath aus Pielmühle bei Regensburg, Leiter des Freilandmuseums in Neusath-Perschen, zum Vorsitzenden gewählt, Günther Wohlrab aus Marktredwitz zum neuen Bundesschreiwä. Die Versammlung, die mehr als acht Stunden dauerte, fand im Egerland-Kulturhaus in Marktredwitz statt.

Auch neben den Neuwahlen zum Vorstand hatte die Versammlung eine umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Es ging dabei vor allem um die Konsolidierung der Finanzen. Mit der Errichtung des Egerland-Brunnens in

Marktredwitz, eines weltweit einmaligen Kulturdenkmals der Egerländer, hat der Bundesverband erhebliche finanzielle Verpflichtungen auf sich genommen.

Um dessen finanzielle Lage wieder zu verbessern, haben die Mitglieder beschlossen, dem Bund der Egerländer Gmoin noch in diesem Jahr zinslose Darlehen zu gewähren. Die Egerländer Gmoin Kornwestheim hat einen Betrag von 5.000 Euro bereits fest zugesagt. Vom Landesverband Bayern im Bund der Egerländer Gmoin kommt ein weiteres Darlehen von 5000 Euro. Darüber hinaus will man versuchen, Zuschüsse sowohl von öffentlichen Stellen als auch von privater Seite zu bekommen.

Um künftig ähnliche Probleme zu vermeiden, haben die Mitglieder den neuen Bundesvorstand ermächtigt, einen Finanzrat zu bilden und projektbezogene Ausgabenbegrenzungen festzulegen. In seinem Schlusswort dankte der neue Bundesvüastäiha für das durch die Wahl erwiesene Vertrauen.

## Die Egerer Gartenschau

Ich besuchte die Egerer Gartenschau und fand sie sehr schön, und wenn die Brühlwiese mit einbezogen gewesen wäre, doppelt schön.

Anschließend setzte ich mich auf ein „Benkerl“ und „schaute“ ein wenig in die Vergangenheit. Ich wohnte in der Gschierstrasse und das Gebiet der Gartenschau war mein „Zuhause“. Im Winter mit dem Schlitten oder den „Dau-benbrettern“ am Geyersberg oder Schlittschuhlaufen auf dem Eislaufplatz, oder bei der Schneeschmelze auf der Eger „gougeln“ (von einer Eisscholle zur anderen springen), oder in der Eger baden oder rudern, oder auch Spaziergänge zum Mühlerl oder zur Rollenburg etc.

Aber auch die Geschichte rollte sich vor meinen Augen ab: Von der Besiedlung des Egerlandes, zu den Staufern und Barbarossa, der seine Hochzeit mit Adelheid auf der Egerer Burg hielt. Die Erhebung der Burg zur Kaiserburg und zur Reichsstadt. Der einzige bayrische König und Kaiser Ludwig verpfändete das Egerland 1322 an den Böhmenkönig Wenzel und damit begann das „Fias-kö“ der Egerländer. König Wenzel und sein Nachfolger Karl IV waren Luxemburger, deren Ziel es blieb, ihr Stamm-land mit Böhmen zu verbinden. So kam die Kuriosität zustande, dass der Pfandgeber, der Kaiser, gleichzeitig auch als König von Böhmen, der Pfandnehmer war. Und als Luxemburger hatte er natürlich kein Interesse, das Pfand „Egerland“ einzulösen, mag er noch so viele Privilegien für Eger ausgestellt haben. Es folgte eine Blütezeit der Stadt mit Umland. Eger war damals nach Prag